

I. Anmeldung

TOP: _____

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit

Sitzungsdatum 19.07.2017

öffentlich

Betreff:

Schaffung von Wohnraum für anerkannte Asylbewerber/-innen
(Projekt „Übergangswohnen für Flüchtlinge“)

Anlagen:

Entscheidungsvorlage

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Die Zahl der anerkannten Flüchtlinge in städtischen und staatlichen Gemeinschaftsunterkünften (GU) wächst.

Die Betroffenen müssten aus den GU ausziehen, finden aber in der Regel auf dem Wohnungsmarkt nicht selbst sofort eine Wohnung.

Das Sozialamt hat - in Abstimmung mit dem Liegenschaftsamt und dem Rechtsamt - ein Konzept entwickelt, u.a. um vorhandene Unterkünfte in Wohnlösungen für anerkannte Flüchtlinge, Obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohte Personen umzuwandeln.

Um die für eine erfolgreiche Objektakquise erforderliche zeitliche Flexibilität zu ermöglichen, wird vorgeschlagen, die Verwaltung - zeitlich befristet bis zum 31.12.2018 - zu ermächtigen, unter Abweichung von den Vorgaben der LVVR und unter strikter Einhaltung vorgegebener standardmäßiger Vertragsbedingungen Anmietungen ohne Ausschussbefassung zu tätigen.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
 Finanzbedarf z.B. durch Mietausfälle und notwendige Reparaturen muss erst noch ermittelt werden

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)
- Ja
- Kosten noch nicht bekannt
- Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

- dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Die Wohnungsversorgung besonders benachteiligter Gruppen soll sichergestellt werden; das hat einen Fördereffekt für diese Gruppen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

II. Herrn OBM

III. Ref. VII/LA

Nürnberg, 30.06.2017
Referat VII

Referat V

(5723)

(2335)